

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/23108 –**

### **Europäische Hochschullehre im digitalen Zeitalter – Gründung einer European Digital University**

#### **A. Problem**

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass sich das Lehrangebot der Hochschulnetzwerke in der Praxis vor allem an junge, vor Ort präsen- te, über mehrere Jahre in Vollzeit eingeschriebene Studierende zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn richtet. Aus diesem Grund ist der Zugang aller europäischen Bürgerinnen und Bürger zur besten Hochschullehre von der persönlichen Lebenssituation sowie der sozialen und geografischen Lage abhängig.

#### **B. Lösung**

Die FDP-Fraktion fordert die Gründung einer europäischen digitalen Universität nach europäischem Recht, die in Trägerschaft der EU steht. Diese „European Digital University“ (EDU) soll allen Europäerinnen und Europäern einen niedrigschwelligen Universitätszugang ermöglichen, indem über einen Online-Account kostenfrei auf digitale Lehrangebote zugegriffen werden kann. Durch Kooperationen mit Partnerhochschulen und anerkannten Wissenschaftseinrichtungen sollen Hochschullehrende in die Lage versetzt werden, ihre Lehre ortsunabhängig in Form von E-Learning-Kursen bis hin zu internationalen Studiengängen in digitaler und hybrider Form anzubieten.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/23108 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2020

## **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Katrin Staffler**  
Berichterstatterin

**Dr. Wiebke Esdar**  
Berichterstatterin

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-  
Neckar)**  
Berichterstatter

**Nicole Gohlke**  
Berichterstatterin

**Dr. Anna Christmann**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Katrin Staffler, Dr. Wiebke Esdar, Dr. Marc Jongen, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Nicole Gohlke und Dr. Anna Christmann**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/23108** in seiner 183. Sitzung am 8. Oktober 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss Digitale Agenda und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass Hochschulen zwar mittlerweile für breite Teile der Bevölkerung geöffnet seien und der Bologna-Prozess und internationale Austauschprogramme wie Erasmus+ die europäische Mobilität von Studierenden und Lehrenden deutlich erhöht hätten, der Zugang aller europäischen Bürgerinnen und Bürger zur besten Hochschullehre des Kontinents jedoch weiter von der persönlichen Lebenssituation sowie der sozialen und geografischen Lage abhängig sei. Auch durch die grenzüberschreitenden Hochschulnetzwerke werde zwar ein großer Beitrag zur Weiterentwicklung des europäischen Hochschulraums geleistet, jedoch bestehe ein niedrigschwelliger Zugang zur besten Lehre für alle Europäerinnen und Europäer damit noch nicht.

Ein solcher Zugang ließe sich jedoch durch Digitale Technologien und eine steigende Nachfrage nach wissenschaftlicher Allgemein- und Weiterbildung ermöglichen.

Die Corona-Krise habe die Hochschulen vor große Herausforderungen gestellt und Lehrende oftmals zur digitalen Improvisation gezwungen. Hier setzt die FDP-Fraktion mit der Gründung einer europäischen digitalen Universität an. Diese überwinde alle Grenzen der Mobilität und verschaffe allen Europäerinnen und Europäern einen direkten, ortsunabhängigen Zugang zur besten Lehre des Kontinents. Bei dieser European Digital University (EDU) handle es sich um eine Hochschule in europäischer Trägerschaft, die als Erweiterung des europäischen Hochschulnetzwerks eine Plattform für Lehrende und Lernende biete und in Kooperation mit staatlichen und privaten Hochschulen aller EU-Mitgliedstaaten hochwertige Lehrangebote in vorrangig digitalen Lehrformaten bereitstelle.

Dabei richte sich die EDU einerseits an Menschen mit einem allgemeinen Weiterbildungsinteresse und schaffe andererseits mit eigenen Studiengängen ein Angebot, in kurzer Zeit ein gesamteuropäisches Curriculum mit Lehreinheiten zahlreicher Partnerhochschulen zu absolvieren. Dadurch würden Zielgruppen eingebunden, denen viele Lehrangebote aufgrund ihrer persönlichen, familiären, beruflichen, gesundheitlichen, finanziellen oder geografischen Situation verschlossen blieben.

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der EDU sei zudem die Bündelung exzellenter dezentraler Lehrangebote über Hochschulnetzwerke hinaus.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, sich im Europäischen Rat im Wesentlichen nach folgenden Maßgaben für die Gründung einer European Digital University (EDU) einzusetzen:

- an der EDU sollen alle Europäerinnen und Europäer niedrigschwellig, digital und ortsunabhängig Zugriff auf die besten Lehrangebote Europas bekommen, indem
  - alle europäischen Bürgerinnen und Bürger über einen Online-Account einen kostenfreien Zugriff auf digitale Lehrangebote der EDU bekommen;
  - ein vielfältiges Angebot an vorrangig digitalen Lehrinhalten angeboten wird, die jedoch von dezentralen Präsenzformaten an Standorten der Partnerhochschulen ergänzt werden können;
  - die Auswahl der bereitgestellten Lehrangebote der wissenschaftlichen Selbstverwaltung unterliegt und sich primär an der Lehrqualität und einer thematischen Vielfalt orientiert;

- die EDU soll das Lehrangebot an europäischen Hochschulen und Hochschulnetzwerken nicht ersetzen, sondern durch Kooperation mit Partnerhochschulen und anerkannten Wissenschaftseinrichtungen fördern, insbesondere indem Professoren/-innen an der EDU primär als Studiengangentwickler und -manager eingestellt werden;
- die EDU soll die erste Hochschule nach europäischem Recht und in Trägerschaft der EU sein, wobei die EDU insbesondere in digitaler Form oder dezentral qualitätsgesicherte Prüfungen abnehmen und europaweit anerkannte europäische Zertifikate und Studienabschlüsse vergeben können soll;
- die Gründung der EDU und der Betrieb soll aus den Mitteln des künftigen ERASMUS+-Programms unterstützt werden;
- zur Konzeption, Durchführung, Koordinierung, Qualitätssicherung und Akkreditierung der EDU soll unter maßgeblicher Beteiligung der europäischen Wissenschaftsgemeinschaft ein Steuerungsgremium eingerichtet werden;
- darüber hinaus soll sich die Bundesregierung im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass die Bildungsfreiheit als europäische Grundfreiheit in den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufgenommen wird und die Mittel für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 deutlich ausgeweitet werden;
- zudem soll die Bundesregierung deutsche Hochschulen oder bestehende deutsche Hochschulplattformen dabei unterstützen, Kooperationspartner der EDU zu werden und sich dafür einsetzen, dass die EDU-Curricula an den deutschen und europäischen Hochschulen anerkannt werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/23108 in seiner 64. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/23108 in seiner 75. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, sie wolle die beste Hochschullehre Europas für alle Europäer und Europäerinnen öffnen. Sie schlage dafür eine eigenständige europäische digitale Universität nach europäischem Recht vor, die auf die Lehre anderer Hochschullehrender aus ganz Europa zurückgreifen könne. Die Hochschullehrenden sollten E-Learning-Kurse bis hin zu internationalen Studiengängen mit einem breiten Portfolio auch dezentral in digitaler und hybrider Form anbieten. Dieses Angebot solle keinen Ersatz, sondern eine Ergänzung zu den existierenden europäischen Hochschulnetzwerken darstellen. Jene blieben im Regelfall eher unter sich und böten ihre Hochschullehre nur denen an, die an den jeweiligen Hochschulen immatrikuliert seien.

Die FDP-Fraktion wolle mit der EDU ein Instrument zur Erreichung weiterer Zielgruppen schaffen, indem sie eine Plattform zur Verfügung stellt, die eine technische Interoperabilität erlaubt.

Bei der EDU soll ein international besetztes Hochschulgremium aus Wissenschaftlern die Lehre auswählen, so dass auch die Einheit von Forschung und Lehre nicht verloren gehe. Die Kooperationen mit anderen Hochschulen würden dadurch vereinfacht, dass Professorinnen und Professoren ihre Lehre europaweit anbieten könnten.

Die Finanzierung solle mit Mitteln aus Erasmus+ bewerkstelligt werden. Hierbei handele es sich um das Bildungsbudget auf europäischer Ebene. Die FDP-Fraktion betont, dass der Vorschlag nicht in Konkurrenz zu dem physischen Austausch beim Erasmus+-Programm stehen solle, zumal auch die aktuellen europäischen Hochschulnetzwerke aus dem Budget für Erasmus+ finanziert würden.

Es handele sich nicht um eine Vereinheitlichung des europäischen Hochschulrechts, sondern eher um ein Konstrukt, welches mit den europäischen Schulen zu vergleichen sei, die keineswegs die Landesregeln in der Bildungspolitik außer Kraft setzten.

Abschließend hält die FDP-Fraktion fest, dass sich die Bildungspolitik stärker auf die großen Ziele und Visionen konzentrieren sollte.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass jede Europäerin und jeder Europäer überall in der Europäischen Union lernen, studieren und forschen können sollten, ohne von Grenzen behindert zu werden. Die CDU/CSU-Fraktion teile daher durchaus den Grundgedanken des vorliegenden FDP-Antrags, jedoch seien viele Forderungen in dem Antrag nicht durchdacht. Zum Beispiel enthalte der Antrag zum wichtigen Aspekt der Interoperabilität keine Ausführungen. Dies sei vermutlich deshalb der Fall, weil die Etablierung eines einheitlichen Systems in ganz Deutschland schon schwer sei, erst recht in ganz Europa.

Auch aufgrund der Ausführungen zur Finanzierung der Universität aus den Mitteln des Erasmus+-Programms sei der Antrag abzulehnen. Man könnte sich nicht leisten, weitere Kürzungen des so erfolgreichen Erasmus+-Programms in Kauf zu nehmen. Stattdessen seien die bestehenden Strukturen zu fördern und weiterzuentwickeln. Die europäischen Netzwerke seien mehr als ein „zusammengedampfter Fördertopf“. Die Beteiligung auch von deutschen Hochschulen zeige, dass die Idee der europaweiten Vernetzung der Hochschulen angenommen und auch umgesetzt werde. Im Rahmen der zweiten Pilotrunde seien nun 24 europäische Hochschulallianzen gefördert worden, an denen 165 Hochschulen aus 26 Ländern beteiligt seien, darunter auch 20 deutsche Hochschulen. Gleichzeitig behandle die am 1. Juli 2020 gestartete europäische Triopräsidentschaft die europäischen Hochschulnetze als ein übergreifendes Thema. Ziel sei es, unter portugiesischer und slowenischer Präsidentschaft die Ratsempfehlung zur Weiterentwicklung zu verabschieden. Man sei in Europa auf einem guten Weg, auch die Idee der grenzüberschreitenden Bildung zu verwirklichen. Die CDU/CSU-Fraktion werde den Antrag ablehnen, da die finanzielle Stärkung der bestehenden Strukturen einem Gründungsaktionismus vorzuziehen sei.

Die **Fraktion der AfD** trägt vor, dass digitale Hilfsmittel in der Bildung natürlich nützlich und hilfreich sein könnten, aber eben kein Allheilmittel darstellten, wie das der FDP-Antrag suggeriere. Denn diese „schöne neue digitale Bildungswelt“ laufe Gefahr, die Studenten zu standardisierten Usern an den Endgeräten zu machen, deren Hauptzweck nicht mehr in der eigenen Bildung bestehe, sondern darin, diese digitale Maschinerie durch ihr Klick-Verhalten und sonstige Aktivitäten mit Daten zu versorgen und zu optimieren. Der FDP-Antrag atme diesen technizistischen Geist, sodass er gleich allen Europäern einen direkten ortsunabhängigen Zugang zur besten Lehre des Kontinents verschaffen wolle, ohne anzudeuten, worin die beste Lehre denn eigentlich bestehe. Dies sei zwar nicht unbedingt die Aufgabe eines politischen Antrags, aber man müsse zumindest erkennen können, was nach Ansicht der antragstellenden Partei das grundsätzliche Ziel sei. Dies könne man bei diesem Antrag nicht.

Die Lage der Universitäten und Schulen in der Corona-Krise habe gezeigt, dass der Mensch ein soziales Wesen sei, das eben auch beim Lernen auf reale Präsenz und Austausch angewiesen sei. Statt dieser anthropologischen Tatsache Rechnung zu tragen, warne die FDP-Fraktion in dem Antrag davor, in alte Muster zurückzufallen. Offenbar sei damit das humanistische Bildungsideal gemeint, von dem man sich nicht zuletzt durch den Bologna-Prozess zunehmend verabschiedet habe. Das solle jetzt unter anderem durch verstärkte Wissenschaftskommunikation kompensiert werden. Die AfD-Fraktion merke an, dass dies ein hohes propagandistisches Missbrauchspotential für politisch korrekte Modethemen in sich berge. Im Zentrum der humboldtschen universitären Bildung stehe die Idee, dass Erkenntnisse aus der Forschung des Lehrenden direkt in seine Lehre einfließen. Bologna habe diesen Bildungskreis weitgehend außer Kraft gesetzt. Der Anteil der reinen Lehre bei den wissenschaftlich Beschäftigten habe seitdem spürbar zugenommen. Diese Tendenz in Richtung Volkshochschule werde durch die

Implementierung von Digitaluniversitäten weiter verstärkt. In dem Antrag fordere die FDP-Fraktion die Einstellung von Professorinnen und Professoren an der EDU primär als Studiengangentwickler und Manager. Dies unterstreiche und verstärke die verhängnisvolle Entwicklung durch Bologna, die Management vor Bildung sehe.

Die AfD-Fraktion bemängelt, dass die EDU nach EU-Recht eingerichtet werden solle und Englisch und nicht Deutsch als Standardsprache in Verwaltungsabläufen und Studienangeboten vorsehe. Der Antrag strebe eine große Vereinheitlichung an, die AfD-Fraktion sei jedoch der Ansicht, dass Europas Stärke in der Vielfalt liege. Deshalb könne man dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, dass auch die nunmehr vorgebrachten Argumente der FDP-Fraktion nicht überzeugend seien. Die Frage der Auswahl der besten Lehre sollte gerade auf europäischer Ebene selbstverständlich nicht von Politikerinnen und Politikern entschieden werden. Es brauche bei der Frage der europäischen Standards oder der dahinterstehenden europäischen Qualität mehr als das, was der Antrag erkennen lasse. Die Interoperabilität sei von der FDP-Fraktion zwar kurz angesprochen worden, die entsprechende Lösung sei jedoch nicht nachvollziehbar. Ebenso verhalte es sich bei dem Inhalt von Forschung und Lehre. Auch wenn der Kontakt mit anderen Hochschulen bestehe, sei aus dem Antrag nicht erkennbar, wie der Inhalt von Forschung und Lehre gewährleistet bleibe, zumal die Beschreibung der Studiengangmanagerinnen und Studiengangmanager für die Position der Professur schriftlich festgehalten sei.

Die SPD-Fraktion kritisiert, dass das europäische Recht derzeit nicht die Möglichkeit vorsehe, eine europäische Hochschule zu gründen. Sie sehe jedoch im Gegensatz zu der AfD-Fraktion nicht das Bestreben der Vereinheitlichung von Europa in dem Antrag der FDP-Fraktion. Die SPD-Fraktion hält fest, dass der Beschluss von Anträgen mit einer europäischen Tragweite im nationalen Parlament eine sehr gute Vorbereitung mit der rechtlichen Situation voraussetze, damit man sich mit starker Stimme im europäischen Miteinander einbringen könne. Dies sei bei dem vorliegenden Antrag nicht gegeben. Hinzu komme die Finanzierung zulasten von Erasmus+, sodass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führt aus, dass sie einige Sympathien für die Idee einer europäischen Universität oder Hochschule habe. Sie habe die Idee schon einmal vor eineinhalb, zwei Jahren als Anlaufstelle und Dach für verfolgte Akademikerinnen und Akademiker oder solche, die an der Ausübung ihres Berufes oder ihrer Forschung gehindert würden, in die Debatte gebracht. Diese Situation bestehe leider zunehmend in einigen Ländern in Europa, aber auch international. Diese Debatte sollte man weiter führen und entsprechende Ideen auch fraktionsübergreifend weiterverfolgen. Eine europäische Universität oder Hochschule sei aber auch ein Projekt, welches inhaltlich ausreichend ausgestaltet sein müsse. Der Antrag der FDP-Fraktion enthalte jedoch zu wenige Überlegungen, wie das Profil einer solchen Universität oder Hochschule aussehen könnte. Es stelle sich die Frage, ob es um bestimmte Forschungsschwerpunkte, um mehr Vernetzung bestehender Institutionen mit dem Ziel, europaweit sehr niedrigschwellig und auch vielleicht berufsbegleitend Angebote im Fernstudium zu machen, oder um eine weitere Exzellenzuniversität auf europäischer Ebene als Leuchtturmprojekt gehe. Diese Aspekte würden zwar im Antrag anklingen, sie seien jedoch nicht konkret genug ausgeführt. Ohne eine Idee und eine inhaltliche Unterfütterung bliebe nur übrig, dass die Universität digital sein solle. Dies sei zu wenig, da dies heutzutage eine Erwartung sei, die man an alle Hochschulen und Universitäten haben sollte und daher nicht ausreichendes Merkmal einer europäischen Universität sein könne.

Die Fraktion DIE LINKE. merkt an, dass der Antrag in weiten Teilen die Bereiche Finanzierung und Architektur ausblende. Die Hochschulen müssten mit Hilfe einer Digitalisierungsinitiative überhaupt erst einmal in die Lage versetzt werden, neben den Präsenzveranstaltungen dauerhaft hochwertige Onlineformate anzubieten. Dafür brauche es Geld für Digitaltechnik und Wartung, aber eben auch Weiterbildung des Personals etc. All dies werde nicht näher benannt und adressiert. Eine Abwicklung der Finanzierung über die Mittel von Erasmus+ lehne die Fraktion DIE LINKE. ab. Es sei auch eine Beschneidung der europäischen Idee, wenn Studierende mehr oder weniger nur noch digital lernten. Kern des Erasmus+-Programms sei, dass junge Studierende ein Auslandssemester machten, um gerade vor Ort lernen und sich sinnlich wahrnehmbar mit den Gesellschaften und Studierenden des jeweiligen Landes austauschen zu können. Das sei der eigentliche Mehrwert, weshalb eine Kürzung weiterer Mittel entschieden abzulehnen sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmt zu, dass die Rolle des Wissenschafts- und Hochschulstandortes in Europa gestärkt werden müsse, gibt jedoch zu bedenken, dass die drängenden Fragen der Digitalisierung der Hochschulen und der europäischen Vernetzung der Gründung einer derartigen Universität vorgeschaltet seien.

Sie richtet die Frage an die Bundesregierung, ob die Idee einer Digitalisierungspauschale oder ähnlicher Unterstützung von Bundesebene noch ein Thema sei. Man halte dies gerade angesichts der Corona-Krise nach wie vor für eine sehr relevante Frage.

Die zweite Frage sei, wie man zu einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit bei der Hochschullehre komme. Aus Sicht ihrer Fraktion solle die Priorität auf das gerade angelaufene Konzept der europäischen Hochschulnetzwerke gelegt werden. Es herrsche Konsens darüber, dass die momentane Förderung von 250 000 Euro pro Hochschule pro Jahr nicht ausreichend sei, um diese Hochschulnetzwerke zu Leuchtturmprojekten zu machen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt die Frage an die Bundesregierung, inwieweit diese gerade vor dem Hintergrund von Budgetkürzungen im Hochschul- und Forschungsbereich auf europäischer Ebene ein künftig höheres Budget für die Hochschulnetzwerke unterstütze. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe sich eine stärkere deutsche Stimme für ein höheres Budget im Horizon-Bereich und auch für die Erasmus+-Mittel gewünscht. Es gebe mit dem derzeitig vorgesehenen geringen Budget aus Sicht ihrer Fraktion keinen Spielraum, um ein derartiges Projekt zu starten. Es sei vielmehr wichtiger, die Budgets für die Digitalisierung der Hochschulen und der europäischen Netzwerke zu erhöhen. Aus diesem Grund werde sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten.

Die **Bundesregierung** stellt klar, dass aufgrund fehlender Zuständigkeit keine Digitalisierungspauschale für die Hochschulen geplant sei. Vielmehr sei dies Länderaufgabe. Die Bundesregierung unterstütze die Hochschulen jedoch über den Hochschulpakt. Dort habe man eine langfristige Mitfinanzierung des Bundes mit den Ländern vereinbart. Diese Mittel aus dem Hochschulpakt dürften auch für Digitalisierung an der Hochschule eingesetzt werden. Die Bundesregierung erklärt, es sei auch eine Mittelbeantragung aus der Stiftung „Innovation in der Hochschullehre“ für den Umbau der Hochschullehre von Präsenz in Richtung Digitalisierung vorstellbar. Auch in diesem Rahmen könnten entsprechende Projekte mit Bundesgeld mitgefördert werden. Ferner beabsichtige die Bundesregierung, aus der dritten Tranche der KI-Mittel auch das Thema KI in der Hochschullehre mit zu unterstützen. Die Bundesregierung äußert den Wunsch, dass die Länder sich hierbei bereitfänden, eine entsprechende Kofinanzierung aus Eigenmitteln durchzuführen, damit man eine tatsächliche Wirkung mit diesen Mitteln erreiche.

Die Bundesregierung merkt an, dass sich die zweite Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Unterstützung der europäischen Hochschulnetzwerke beziehe und zeigt auf, dass man die Initiative des französischen Präsidenten sehr positiv aufgenommen habe und der Meinung sei, dass es eine richtige und richtungsweisende Initiative sei. Man habe daher ausdrücklich betont, dass die Bundesregierung Universitäten und Hochschulen in Deutschland, die sich dort bewerben wollen, unterstützen werde. Diese Unterstützung würde sowohl den erfolgreichen als auch den in der ersten Runde nicht erfolgreichen Bewerbern zuteil, zumal es weitere Runden der Netzwerkbildung geben werde und man das Thema Vernetzung für zielführend erachte.

Berlin, den 4. November 2020

**Katrin Staffler**  
Berichterstatterin

**Dr. Wiebke Esdar**  
Berichterstatterin

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)**  
Berichterstatter

**Nicole Gohlke**  
Berichterstatterin

**Dr. Anna Christmann**  
Berichterstatterin